

### 3. WAS KOSTET EINE WALDORFSCHULE?

#### **Muß man in der Waldorfschule Schulgeld zahlen?**

Da die staatlichen Zuschüsse in keinem Fall die Kosten decken, sind die Waldorfschulen auf einen freiwilligen Beitrag der Eltern angewiesen. Dafür gibt es an vielen Schulen Richtsätze. Die tatsächliche Höhe des Beitrags wird aber in jedem Fall unabhängig von der Frage, ob ein Kind aufgenommen werden kann, individuell vereinbart. Manche Eltern zahlen überhaupt keinen Beitrag, andere zeitweise mehr oder weniger. Wenn Waldorfschulen älter werden und die erste Begeisterung der Gründungsphase nachläßt oder wenn unerwartete finanzielle Belastungen auftreten, weil Gesetze sich ändern, die Schülerzahl zurückgeht oder sich irgendwer beim Planen verrechnet hat, kann es nötig werden, das Beitragsverfahren neu zu ordnen. Soll man streng von der freiwilligen Selbsteinschätzung aller Eltern ausgehen? Soll man eine nach Einkommen oder Kinderzahl gestaffelte Gebührenordnung einführen, mit der Möglichkeit, im Notfall um Ermäßigung zu bitten? Entscheiden darüber die Vorstandsmitglieder des Schulvereins, die Geschäftsführer, Vertreter der Elternschaft, unter Umständen jeder einzelnen Schulklasse? Gespräche und gemeinsame Beschlüsse über solche Fragen sollten nicht als Notmaßnahmen im Unglück, sondern als selbstverständliche Prozesse einer kontinuierlichen Pflege gemeinsamer Lebensformen verstanden und ertragen werden. (Über einen konkreten Fall berichtet *Maria Sasse*, Schülermutter und Mitglied des Elternrats in Bochum; siehe Anhang, S.103 ff.)

#### **Was veranlaßt den Staat, sein Geld für Privatschulen auszugeben?**

Der Staat gibt nicht *sein* Geld aus, sondern das Geld seiner Bürger. Waldorfschulen sind keine *Privatschulen*, sondern als Schulen in freier Trägerschaft *öffentliche* Schulen. Sie sind zugänglich für alle Kinder. Die Eltern ihrer Schüler zahlen Steuern wie alle anderen Eltern auch. In Deutschland besteht daher mit gutem Grund, inzwischen auch durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt, ein Rechtsanspruch auf

staatliche Förderung freier Schulen (siehe oben). Für eine fernere Zukunft ist natürlich auch denkbar, daß der Staat die Sorge für das Schulwesen ganz in die Hände seiner Bürger zurückgibt. Daran denken heute durchaus nicht nur Waldorflehrer und Anthroposophen. Als Zwischenlösung käme die Ausgabe eines *Bildungsgutscheins* (*Voucher*) in Betracht, den die Eltern bei einer Schule ihrer Wahl einlösen könnten.

#### **Literatur:**

*Zum Bildungsgutschein:*

Johann Peter Vogel: Der Bildungsgutschein. Eine Alternative der Bildungsfinanzierung. In: Neue Sammlung 1972, S.514 ff.

Ulrich van Lith: Markt, persönliche Freiheit und die Ordnung des Bildungswesens. Tübingen 1983

Mathias Maurer: Der Bildungsgutschein. Finanzierungsverfahren für ein freies Bildungswesen. Stuttgart 1994

*Über ein staatsfreies Schulwesen der Zukunft:*

Friedrich Salzmann: Bürger für die Gesetze. Darstellung des erziehenden Staates. Bern 1949

Joseph Huber: Die Regenbogengesellschaft. Ökologie und Sozialpolitik. Frankfurt a.M. 1985

Thomas Schmidt (Hg.): Entstaatlichung. Neue Perspektiven auf das Gemeinwesen. Berlin 1988

### **Sind Waldorfschulen teurer als staatliche Schulen?**

Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind sie billiger, in der Einrichtung ebenso wie im Betrieb. Das ist ganz natürlich. Mit geschenktem Geld wird verantwortungsbewußter gewirtschaftet als mit anonymen Steuermitteln. Vor allem aber sind sie für die Staatskasse billiger. Besonders auffällig ist das bei den Bauinvestitionen. Im Jahre 1982 legten die Eltern der Waldorfschulen in der Bundesrepublik Deutschland auf jede öffentliche Mark an Schulbauzuschuß drei Mark Spendenmittel drauf. Aber auch in den Betriebskosten sind sie konkurrenzfähig, vor allem wenn man indirekte Kosten (Ausbildung der Lehrer, Kosten der Schulverwaltung) in die Rechnung mit einbezieht. Die amtlichen Statistiken verschleiern diesen Tatbestand.

Von *Rüdiger Haug*, Mitarbeiter am Deutschen Institut für internationale pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt a.M., werden seit

einer Reihe von Jahren die methodischen Voraussetzungen für eine in allen Einzelheiten den Tatsachen entsprechende und für jedermann durchsichtige Kostenermittlung im öffentlichen Schulwesen erarbeitet. Man braucht inzwischen auf diesem Feld nicht mehr mit bloßen Vermutungen zu arbeiten.

„Das methodische Instrumentarium ist vorhanden. Das Restfehlerrisiko bei den Berechnungen geht vorwiegend zu Lasten einer inkompatiblen amtlichen Rohdatenbasis in der Finanz- und Schulstatistik. Letztlich kann dieses Problem nur dann befriedigend gelöst werden, wenn sich die einzelnen Länder in Zukunft bemühen, in verstärktem Maße Ausgaben und Schülerzahlen ihrer öffentlichen Schulen in kompatiblen Schulart- oder -formkategorien zu erfassen und allgemein zugänglich zu dokumentieren. Dann können Unitcosts, auf Ist- und Vollkostenbasis hochexakt und für jedermann transparent und nachvollziehbar berechnet, nicht nur als Orientierungshilfe, sondern als Grundlage für die Berechnung der Finanzhilfe an Privatschulen herangezogen werden.“ (Haug 1988, S.190)

Ob allerdings die Schulverwaltungen der Länder im Sinne eines fairen Wettbewerbs zwischen „öffentlichen“ und „privaten“ Schulen ernsthaft an der Durchsichtigkeit ihrer Statistiken interessiert sein werden, ist zu bezweifeln. Es wird noch eine Weile dauern, bis die wünschenswerte Vergleichbarkeit in vollem Umfang erreicht ist.

#### **Literatur:**

Benediktus Hardorp: Die Kostenrechnung freier Schulen und ihre gesellschaftliche Bedeutung. In: Erziehungskunst, Heft 9/1983, S.543–557. – Daneben die fortlaufenden Darstellungen desselben Autors in den Berichtsheften des Bundes der Freien Waldorfschulen, die zu Advent eines jeden Jahres erscheinen.

Rüdiger Haug: Die Kosten des öffentlichen Schulwesens als Orientierungsrahmen für die Finanzhilfe in der Privatschulförderung. In: Friedrich Müller (Hg.): Zukunftsperspektiven der Freien Schule. Berlin 1988, S.147–190

Rüdiger Haug: Schulausgaben im Vergleich VII. Forschungsbericht des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt a.M. 1997